



PL

Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten

Auswirkungen der Corona-Pandemie entschlossen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Ausbreitung des Corona Virus (COVID-19) die größte Herausforderung seit Jahrzehnten in Hessen ist und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss. Dabei sieht der Landtag schon jetzt, dass nach der Bewältigung der gesundheitlichen Krise eine entstehende Krise unserer Wirtschaft mit gleicher Entschlossenheit bekämpft werden muss. Das Schicksal gerade vieler kleiner und mittlerer Unternehmen steht auf dem Spiel und damit auch das Wohlergehen vieler Arbeitnehmer.
2. Der Landtag stellt weiter fest, dass der Landtag auch in der derzeitigen Situation handlungsfähig und handlungswillig ist und sowohl bereit als auch entschlossen ist, gemeinsam mit der Landesregierung alles zu tun, um die Krise zu bewältigen und die Auswirkungen für die Hessinnen und Hessen, wie auch für die Gesellschaft als Ganzes, so gering wie möglich zu halten.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung unverzüglich, die vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten zusätzlichen Haushaltsmittel, als Sofortmittel für die Wirtschaft zielgenau einzusetzen. Dabei sind neben Hilfen für KMU, auch Soloselbstständige und Kleinstunternehmer zu berücksichtigen. Der Landtag sieht mit Blick auf das auf Bundesebene geplante Maßnahmenpaket die Notwendigkeit, auch Betriebe mit 11 bis 2.000 Mitarbeitern mittels Soforthilfen zu unterstützen.
4. Der Landtag regt an, die Soforthilfen unmittelbar über die Steuerverwaltung etwa durch die Finanzämter, den Antragsstellern über die dort vorhandenen Daten direkt anzuweisen.
5. Der Landtag regt die Einrichtung einer Task-Force Rettungsschirm an, die die Zuschüsse an die Antragsteller mit den ergriffenen Maßnahmen begleitet und weitere Vorschläge zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona Pandemie in Hessen unterbreitet.
6. Der Landtag bekräftigt, aktiv und verantwortungsbewusst sein Budgetrecht politisch mitzugestalten. Dazu erwartet er, dass die Landesregierung den Landtag möglichst zeitnah und umfassend über eingeleitete Maßnahmen und ausgezahlte Haushaltsmittel sowie Maßnahmen zur Haushaltsbewirtschaftung informiert.
7. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung dem Landtag noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen umfassenden Nachtragshaushalt zur

Beratung vorlegt, indem die zu erwartenden Ausgabesteigerungen bzw. Einnahmerückgänge in den verschiedenen Einzelplänen berücksichtigt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. März 2020

Der Fraktionsvorsitzende:



Rock